

1 17. Dezember 2025

2 Bürgermeister Stefan Schmutz

3
4 Rede zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfes
5 der Stadt Ladenburg für das Jahr 2026

6
7 – Es gilt das gesprochene Wort. –
8
9

10 Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,
11 liebe Bürgerinnen und Bürger,
12 sehr geehrte Vertreter der Presse,
13

14 **Einleitung**
15

16 mit dem heutigen Tag liegt Ihnen der Entwurf zum Haushalt des Jahres 2026 der
17 Stadt Ladenburg vor. Die Verwaltung schlägt vor, diesen im Rahmen einer internen
18 Haushaltsklausur im Januar zu erörtern und in der Gemeinderatssitzung am 28. Ja-
19 nuar öffentlich zu beraten. In der Sitzung am 11. Februar soll dann eine Beschluss-
20 fassung erfolgen.
21

22 In den letzten Monaten hat die Finanzverwaltung in zahllosen Abstimmungsrunden
23 und Einzelgesprächen das Zahlenwerk zusammengestellt, Aufwendungen, Erträge
24 und Investitionen geprüft sowie externe Einflussgrößen validiert.
25

26 Mein großer Dank gilt unserer Kämmerin Eva-Maria Rother und ihrem Team der Fi-
27 nanzen sowie der gesamten Verwaltung für die sehr gute und konstruktive Zusam-
28 menarbeit bei der Erstellung dieses Haushaltsplans unter wahrlich herausfordernden
29 Rahmenbedingungen. Herzlichen Dank!

Überblick der Haushaltszahlen

Der Haushaltsplan 2026 veranschlagt ein Volumen an Erträgen in Höhe von 47,9 Millionen Euro und Aufwendungen in Höhe von 45,6 Millionen Euro. Demzufolge weist der Entwurf ein positives ordentliches Ergebnis von 2,3 Millionen Euro aus.

Ich werde Ihnen in den weiteren Ausführungen eine Einordnung dieses Ergebnisses, die Hintergründe und die Auswirkungen des Zahlenwerkes sowie wesentliche Inhalte darstellen.

Vorbemerkungen

Ich möchte mit drei Vorbemerkungen beginnen:

1. Das positive Ergebnis ist nicht zufällig, es baut auf wesentlichen Entscheidungen des Jahres 2025 auf.
2. Ein Ausblick in die Folgejahre zeigt, dass sich unsere Handlungs- und Entscheidungsfreiheit durch unterfinanzierte, gesetzliche Pflichtaufgaben, die Erwirtschaftung von Abschreibungen, eine erhöhte Kreisumlage und steigende Allgemeinkosten spürbar einschränken wird. Eine weitergehende Haushaltskonsolidierung ist daher zwingend erforderlich.
3. Wir kommen bereits in diesem Jahr nicht mehr an der grundsätzlichen Frage vorbei: Was können wir uns noch leisten und welche Mitverantwortung übertragen wir auf Bürgerinnen und Bürger?

Und ja, für manche Entscheidung wird es keinen Applaus geben, aber ich halte diese Ehrlichkeit im Sinne einer Gesamtverantwortung für richtig, um auch für zukünftige Generationen finanzielle Spielräume zu bewahren.

Finanzielle Leitplanken

Die gute Nachricht zu Beginn: Wir stehen weder kurz vor der Zwangsverwaltung noch vor der Zahlungsunfähigkeit, aber auch wir sind vor diesem Schicksal, das anderen Kommunen bereits droht, nicht gefeit.

Vielmehr haben wir das Heft des Handelns noch selbst in der Hand. Und so soll es auch bleiben. Mit diesem Ziel vor Augen wurde dieser Haushaltsplan 2026 zusammengestellt.

Ein erster wichtiger Aspekt: Wir werden im kommenden Jahr keine neue Kreditermächtigung benötigen. Es reichen uns die bereits vom Gemeinderat beschlossenen Kreditermächtigungen des vergangenen Jahres aus.

Ob und in welcher Höhe wir diese in Anspruch nehmen, wird abhängig vom Niveau der getätigten Investitionen und dem allgemeinen Verlauf des Haushaltsjahres sein.

Ohne Kredite für Investitionen wird es aber nicht gehen – das steht fest. Bevor wir aber neue Kredite benötigen, werden wir die bereits aufgenommenen Kredite in Höhe von 4 Millionen Euro aus dem Jahr 2025 nutzen, die bislang noch nicht ausgegeben, sondern als Festgeld angelegt wurden.

Die Stadtverwaltung plant zur Erhöhung der Liquidität, verbliebene kommunale Grundstücke im Neubaugebiet Nordstadt-Kurzgewann im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung zu veräußern und rechnet durch den Verkauf mit außerordentlichen Erträgen in Höhe von 1,1 Millionen Euro.

Der Entwurf selbst setzt keine Gewerbe- oder Grundsteuererhöhung voraus. Aber – und das gehört zur Wahrheit dazu – wir können eine Anpassung in den kommenden Jahren nicht mehr mit der Gewissheit der vergangenen Jahre ausschließen.

Gebührenentwicklung und strukturelle Defizite

Als wesentlichen Beitrag zur Stärkung der finanziellen Handlungsfähigkeit sind wir 2026 gehalten, in einer Vielzahl von Verwaltungsbereichen die Gebühren neu zu kalkulieren und Gebührensätze zu verändern. Dies gilt für die Bereiche Friedhof, Bauhof, Flüchtlinge- und Obdachlose, Wasser- und Abwasser ebenso wie für die Bereiche Kindergarten, Schulkindbetreuung und Musikschule.

Ein Wesensmerkmal der Gebühr ist, dass diese nicht gewinnorientiert ist, sondern maximal die tatsächlichen Kosten abdecken darf bzw. das Defizite eingrenzt. Beides zählt zu den grundlegenden Aufgaben einer ernsthaften Haushaltskonsolidierung.

Und dennoch rechnen wir trotz einer neuen Gebührenanpassung im Bereich der Kinderbetreuung mit einem kommunalen Zuschussbedarf von 5,4 Millionen Euro.

Im Bereich der Grundschulbetreuung beläuft sich die Finanzierungslücke auf weitere 800.000 Euro.

Und allein aufgrund neuer gesetzlicher Vorgaben erhöht sich der erwartete Zuschussbedarf für die Musikschule auf über 288.000 Euro.

Sie können anhand dieser drei ausgewählten Bereiche erkennen, dass wir hier von erheblichen Summe sprechen mit denen wir diese wichtigen Angebote stützen und auch weiter unterstützen wollen. Aber diese strukturellen Defizite müssen kontrolliert werden, um auch andere Angebotsstrukturen zu ermöglichen oder zu bewahren.

Für zusätzlichen Finanzierungsdruck sorgt die erneute Erhöhung der Kreisumlage. Auch sie schwächt unseren finanziellen Handlungsspielraum und beträgt 2026 5,6 Millionen Euro. Aufgrund von Schwankungen in der Gewerbesteuer ist dieser Betrag geringer als im Vorjahr. Gleichwohl wir schon heute wissen, dass sich dieser Effekt in den kommenden Jahren in Abhängigkeit der Steuerkraftsumme ins Gegenteil verkehren wird.

Belastungen durch Kreisumlage und Personal

Als eine erste Reaktion auf die steigende Ausgabenlast wird die Verwaltung den Stellenplan aus dem Jahr 2025 einfrieren und keine zusätzliche Stellen einrichten. Und dennoch erreichen wir im Zuge der Tarifierpassungen mit den veranschlagten Personalausgaben mit 12,8 Millionen Euro einen neuen Höchststand.

Gewerbesteuer und wirtschaftliche Entwicklung

Im Bereich der Gewerbesteuer rechnen wir mit Erträgen von 7 Millionen Euro. Dies entspricht dem Vorjahresniveau. Allerdings wissen wir nicht, wie sich die konjunkturelle Lage sowie Steuerentlastungen für Unternehmen, die der Bundestag beschlossen hat, konkret auswirken. Hier kann es durchaus noch zu Verschiebungen kommen. Weiterhin gilt, dass wir rund 65 % der Gewerbesteuererträge in den Folgejahren abgeben müssen, da diese mit weiteren Zuwendungen auf Landesebene verrechnet werden.

Dennoch werden wir weiter daran arbeiten, das Ladenburg ein attraktiver Wirtschaftsstandort bleibt und im Zuge der neuen L597 auch weiter an Attraktivität gewinnen wird. Daher sieht der Plan 2026 weitere Planungsleistungen für die Erweiterung des Gewerbegebietes Aufeld vor, einerseits um am Ende zusätzliche außerordentliche Erträge über Grundstücksverkäufe zur generieren, andererseits um gezielt mittelständische Unternehmen eine Perspektive bieten zu können und neue Entwicklungen zu ermöglichen.

Ein weiteres Augenmerk der Wirtschaftsförderung werden wir auf den Einzelhandel und die Gastronomie in der Altstadt – einschließlich der Bahnhofstraße – richten und durch den Aufbau eines Altstadtmanagements die Themen Leerstand, Aufenthaltsqualität und Vernetzung in den Mittelpunkt rücken.

Investitionsschwerpunkte 2026 – Bildung, Sport und Freizeit

Trotz aller Herausforderungen sind und wollen wir eine lebenswerte Kleinstadt bleiben, die in ihre Zukunft investiert. In diesem Sinne sieht der vorliegende Haushaltsplan zentrale Schwerpunkte in den Bereichen Bildung sowie Sport und Freizeit vor.

Über 80 % der Gesamtinvestitionen in Höhe von 13,7 Millionen Euro sind hier eingestellt.

Kinderbetreuung

Im Bereich der Kinderbetreuung unterstützen wir den Neubau und die Erweiterung des St. Johannes Kindergartens mit 2,9 Millionen Euro. Wir freuen uns bereits jetzt auf den Tag, an dem die neuen Räumlichkeiten in der ersten Jahreshälfte 2026 bezogen werden.

Zeitgleich können wir dann mit Stolz auf die Anstrengungen der letzten Jahre zurückblicken und feststellen, dass die Zahl der Kinderbetreuungsplätze zum Kitajahr 2026/2027 sowohl bei Kindern unter als auch über 3 Jahren die Nachfrage vollständig abbildet.

Im Bereich der unter Dreijährigen ist die Zahl der Plätze zwischenzeitlich sogar mehr als übererfüllt. Im Zuge dessen sieht der Haushaltsentwurf mit dem 1. September 2026 keine zusätzliche kommunale Förderung für die Belegung von Tagespflegeplätze vor. Ebenfalls befürwortet die Verwaltung die Rückführung der bisherigen Kooperation mit dem Träger AWO Rhein-Neckar von zwei auf eine Einrichtung. Die derzeit freien Räumlichkeiten der Kinderbetreuung Brenngässel stehen ebenfalls zur Konsolidierung bestehender Angebotsstrukturen zur Verfügung.

Ganztagsbetreuung an Grundschulen

Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab dem Schuljahr 2026/2027 steht vor der Tür und wir werden diesen auf Grundlage einer Bedarfsabfrage über die Zentrale Vormerkung bis März 2026 ermitteln und entsprechend ermöglichen.

Neben der reinen Zahl der Plätze befassen wir uns auch mit der Sicherung der Qualität bei steigender Nachfrage. In diesem Sinne unterstützen wir unsere beiden Grundschulen bei der Schulentwicklung, sich konzeptionell mit dem Ziel einer gebundenen

Ganztagsschule zu befassen, die durch integrierte kommunale Angebote personell verstärkt werden soll und Eltern finanziell entlasten kann.

In diesem Zusammenhang warten wir mit Ungeduld auf die finale Bearbeitung unseres Förderantrags für eine Erweiterung der räumlichen Gegebenheiten an der Astrid-Lindgren-Grundschule.

An der Dalbergschule werden wir im Nebengebäude den vom Brandschutz geforderten zweiten baulichen Rettungsweg in Verbindung mit einem neugestalteten Treppenaufgang umsetzen sowie eine altstadtfesttaugliche Sitzgelegenheit im oberen Schulhof durch unseren Bauhof errichten lassen.

Im Rahmen einer Gesamtkonzeption möchten wir die Spiel- und Freizeitqualität im unteren Teil des Schulhofes in Abstimmung mit den beteiligten Behörden und der Schulgemeinschaft erhöhen. Die Verwaltung spricht sich darüber hinaus für eine erweiterte Integration des Hirschgrabens in die Konzeption einer gesundheits- und bewegungsorientierten Schule aus.

In diesem Grundverständnis befürwortet die Verwaltung auch den Ausbau von Abstellanlagen für Fahrräder sowie Roller und spricht sich für die verkehrsrechtliche Deklaration der Lustgartenstraße als „Schulstraße“ aus, um dem alltäglichen Verkehrschaos in dieser Sackgasse zu Schulbeginn oder -ende Einhalt zu gebieten und die Sicherheit für Kinder zu erhöhen.

Werkrealschule Unterer Neckar

Die Sanierung der Werkrealschule Unterer Neckar werden wir 2026 nach erheblichen Schwierigkeiten erfolgreich abschließen und planen mit weiteren 2,5 Millionen Euro an Investitionen. Ob und in welcher Höhe wir in Verbindung mit dem Urteil des Verwaltungsgerichtshofes mit finanziellen Forderungen auf Nachbarkommunen zugehen, hängt maßgeblich auch von der angekündigten Unterstützung des Landes ab, betroffene Schulträger mit höheren Förderungen für auswärtige Schülerinnen und

223 Schüler auszustatten. Aufgrund fehlender Gewissheiten bei beiden Entwicklungs-
224 möglichkeiten trifft der vorliegenden Entwurf hier jedoch keine Annahmen und Festle-
225 gungen.

226

227 Sportinfrastruktur

228

229 Ein Investitionsschwerpunkt, von dem Schulen und Vereine gleichermaßen profitie-
230 ren, bildet mit 3,5 Millionen Euro der Bau der Dreifeld-Sporthalle am Römerstadion.
231 Die Arbeiten sollen in den Sommerferien abgeschlossen sein und die Halle zum
232 Schuljahr 2026/27 zur Verfügung stehen.

233

234 Bereits im ersten Halbjahr strebt die Verwaltung die vollständige Erneuerung des
235 Kunstrasens im Römerstadion an. Die Investition in Höhe von 760.000 Euro kann mit
236 über 80 % durch die bereits bewilligte Sportstättenförderung des Landes plus die
237 erstmals vom Bund bereitgestellten Investitionsmittel finanziert werden.

238

239 Die Maßnahme ist für die Zukunft des Fußballsports in Ladenburg existenziell und
240 wurde intensiv mit den beteiligten Vereinen abgestimmt und bietet einen neuen Start-
241 punkt für eine gelingende Kooperation unterschiedlicher Nutzergruppen. Sie ist zu-
242 gleich ein weiterer Baustein für eine gute Zukunft des Römerstadions.

243

244 Die energetische Sanierung unseres Freibades in Verbindung mit dem Energiever-
245 bund der Dreifeld-Sporthalle ist ein weiteres Schlüsselprojekt für die Zukunft attrakti-
246 ver Sport- und Freizeitstätten. Im August 2026 starten die Arbeiten vor Ort. Ziel bleibt
247 es, das Projekt bis Mai 2028 erfolgreich abzuschließen und die möglichen Bundes-
248 mittel in Höhe von 2,7 Millionen Euro vollständig abzurufen. Für das Jahr 2026 ste-
249 hen 1,5 Millionen Euro zur Verfügung.

250

251 Darüber hinaus spricht sich die Verwaltung für eine weitere Teilnahme an einer Bun-
252 desförderung für die Sanierung von Umkleiden und sanitären Anlagen sowie Neben-
253 gebäuden aus. In diesem Zusammenhang begrüßt die Verwaltung auch die bürger-
254 schaftliche Initiative des Fördervereins Freibad Ladenburg, eigene Spenden für die
255 Sanierung des Freibades zu sammeln.

256

257 Im Bereich Spielplätze stehen für die Neugestaltung des Spielplatzes am Januarius-
258 weg 55.000 Euro zur Verfügung.

259

260 Im Zuge der weiteren Erschließungsarbeiten im Neubaugebiet Nordstadt-Kurzge-
261 wann werden die Arbeiten am Grünen Boulevard abgeschlossen und auch der Bür-
262 gerplatz angelegt. Entsprechend der Beschlusslage des Gemeinderats, den Ergeb-
263 nissen der Bürgerbeteiligung gerecht zu werden, wird die Fertigstellung des Grün-
264 zugs mit zusätzlich 200.000 Euro aus dem allgemeinen Haushalt unterstützt.

265

266 Stadtgesellschaft, Ehrenamt und Soziales

267

268 Die Stadt Ladenburg ist sich der besonderen Bedeutung des ehrenamtlichen Enga-
269 gements für den gemeinschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhalt bewusst.
270 In diesem Zusammenhang hält die Verwaltung trotz schwieriger finanzieller Rahmen-
271 bedingungen an dem bisherigen Niveau der Vereinsförderung fest und begrüßt in
272 diesem Zusammenhang ausdrücklich das Engagement von Vereinen auch neue
273 Wege zum Erhalt eines attraktiven Vereinslebens zu gehen.

274

275 In diesem Verständnis ist die Verwaltung weiterhin bestrebt, das hohe Niveau freiwilliger Leistungen, die maßgeblich die hohe Freizeit- und Lebensqualität unserer Stadt auszeichnen, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten zu erhalten.

278

279 Unsere Stadt zeichnet sich durch eine tolerante, vielfältige und offene Stadtgesell-
280 schaft aus. Auf Grundlage eines Gemeinderatsbeschlusses wird die Verwaltung die
281 Planungen für die Ausgestaltung eines muslimischen Grabfeldes als Erweiterung des
282 Ladenburger Friedhofes gemeinsam mit Fachplänern und Experten sowie mit Beteili-
283 gung der Islamischen Gemeinde fortsetzen. Entsprechende Planungsmittel in Höhe
284 von 10.000 Euro sind im Haushalt eingestellt.

285

286 Die Unterbringung geflüchteter Menschen ist eine weisungsgebundene Pflichtaufgabe,
287 der wir uns auch in Zukunft stellen müssen. Damit verbunden ist die Bereitstellung
288 von Wohnraum und dessen Finanzierung, welche wir im Rahmen der Fortschreibung

der Gebührenkalkulation sichern. Mein Dank gilt an dieser Stelle der Vielzahl von ehrenamtlichen Bürgerinnen und Bürgern, die Menschen mit Fluchterfahrung in ihrem Alltag begleiten, unterstützen und damit einen wichtigen Beitrag zur Integration leisten.

Korrespondierend unterstützt die Stadtverwaltung wichtige soziale Hilfsleistungen, die ebenfalls von ehrenamtlichen Bürgerinnen und Bürgern mitgestaltet werden. Dies umfasst die Unterstützung integrativer Maßnahmen und sozialer Angebote wie der Kleiderkammer, der Begegnungsstätte oder dem Tafelmobil, aber auch die Teilnahme am Landesfamilienpass und eine Bereitschaft sich im regionalen Netzwerk Kulturparkett für die kulturelle Teilhabe aller zu engagieren.

Demografische Entwicklung als Aufgabe annehmen

Die demografische Entwicklung steht im Mittelpunkt des kommenden Neujahresempfangs. Sie ist der zentrale Treiber einer Stadtentwicklung, der wir uns nicht entziehen können und die alle Gesellschaftsbereiche umfasst. Mobilität, Gesundheit, Teilhabe zählen hier zu den größten Herausforderungen.

In diesem Sinne unterstützt die Stadt Ladenburg die Ansiedlung eines Ärztehauses am Benzkreisel und ist bestrebt, den Bereich der Nachbarschaftshilfe zu formalisieren sowie Beratungs- und Informationsangebote für Angehörige in Kooperation mit Trägern auszuweiten. Ebenfalls fest eingeplant sind 2026 auch wieder Anlässe zur Begegnung wie dem Café Zeit am Friedhofspavillon, die Einladung zum Tanz bei zwei Ü70-Parties oder dem Verweilen am neuen Holzpavillon im Waldpark.

Darüber hinaus werden wir insbesondere Angebote und Dienstleistungen für ältere Bürgerinnen und Bürger in Kooperation mit dem Pflegestützpunkt des Rhein-Neckar-Kreises und weiteren Partnern bspw. durch Unterstützung bei der Vorsorge, durch Beratungsangebote für den Bezug von Pflege- und Sozialleistungen oder beim Abbau von Barrieren in den eigenen vier Wänden fortführen.

Aber auch Jugendliche nehmen wir in den Mittelpunkt und unterstützen den Neustart des Jugendzentrums „Die Kiste“ durch eine Kooperation mit einem neuen Träger, der Fach- und Dienstaufsicht sowie Vertretungsregeln sicherstellt, um verlässliche Öffnungszeiten zu ermöglichen. Ein wesentlicher Aspekt der Arbeit soll auch die Unterstützung und Begleitung des Jugendgemeinderates sein.

Krisenschutz und Notfallvorsorge

Wir leben in bewegten Zeiten und konnten in den letzten Jahren mehrfach erfahren, dass Krisen schlecht planbar sind. Daher gilt es vorbereitet zu sein, um im Krisenfall schnell und überlegt handeln zu können. In diesem Verständnis hält die Stadtverwaltung an ihrem Kurs fest, die aktuellen Bedarfe unserer Freiwilligen Feuerwehr zu berücksichtigen. Entsprechend sieht der Haushalt Investitionen von 443.000 Euro für den Krisen-Katastrophenschutz vor. Wesentlicher Anteil hat hier die Beschaffung eines neuen Tanklöschfahrzeuges.

Und auch die Verwaltung selbst erzielt bei der Krisenprävention durch eine eigene Notstromversorgung des Rathauses wichtige Fortschritte, die durch vertiefte Übungen, die Fortschreibung des Krisenhandbuches sowie einer Verstärkung der IT-Sicherheit flankiert werden.

Digitalisierung

Die Stadtverwaltung wird 2026 ebenfalls große Fortschritte im Bereich der Digitalisierung anstreben. So ist die Umstellung auf das System Office 365 geplant und daran anschließend die Einführung der elektronischen Akte für alle Teil der Verwaltung.

Weitere Schritte für effektivere und effizientere Prozesse sind die Beschaffung und Lizenzierung von Software und Fachanwendungen in den Bereichen Gewerbe, Immobilien und Geflüchtete.

Klimaschutz und nachhaltige Mobilität

Mit dem Abschluss der kommunalen Wärmeplanung werden wir 2026 gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürger erörtern, welche alternativen Wärmequellen sich spätestens ab dem Jahr 2028 aus der Datengrundlage verbindlich ableiten. In Bezug auf die Zukunft der Wärmeversorgung in der Altstadt sind wir bereits einen Schritt weiter und werden ebenfalls 2026 die Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie für ein Nahwärmenetz in der Altstadt in die Diskussion einbringen.

Bis zum Ziel der Klimaneutralität ist es ein langer Weg, aber auch dieser beginnt mit dem ersten Schritt. Gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft sind wir aber schon deutlich weiter. Dies lässt sich daran erkennen, dass der Stromverbrauch für alle Wohngebäude im Jahr 2026 erstmals bilanziell vollständig durch vor Ort vorhandene erneuerbare Energiequellen erzeugt werden wird.

Einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leistet der Bereich der Mobilität. Hier bilden ein stadtweites Tempo 30 Gebot und mehr Gleichberechtigung der Verkehrsteilnehmenden bei der Beanspruchung des öffentlichen Raumes die zentralen Leitplanken. Als geeignete Maßnahmen zählen eine Verringerung des Durchfahrtsverkehrs und eine höhere Aufenthaltsqualität in der Altstadt ebenso wie eine angepasste Zahl von Parkplätzen am Rande der Altstadt. Ganz konkret werden wir bei den Themen Parkraummanagement und Parkraumsteuerung sowie der Markierung von Parkflächen neue Schwerpunkte setzen. Darin enthalten ist auch das Ziel, sich gemeinsam mit der Straßenverkehrsbehörde, für Bewohnerparken auszusprechen. Zugleich möchten wir das Thema Gehwegparken stärker ansprechen und einen Prüfschwerpunkt in Verbindung mit sicheren Schulwegen setzen.

Ebenso werden wir weitere Planungsschritte zur Neugestaltung des öffentlichen Raumes in den Bereichen der Einbahnstraßen Luisen-/Schwarzkreuzstraße sowie Neue Anlage/Jahnstraße setzen und wir werden uns erstmals mit Bürgerinnen und Bürgern in einen Austausch zur Neugestaltung der Benzstraße begeben. Dies erfolgt im Vorgriff auf die Neueröffnung der L597 ab dem Frühjahr 2027 und den zu erwartenden Möglichkeiten einer bedarfsorientierten Umgestaltung.

Die Stadtverwaltung unterstützt ebenfalls den qualitativen Ausbau des innerörtlichen Radwegenetzes. Im Mittelpunkt steht die Planung einer „ersten“ Fahrradstraße im nördlichen Bereich des Industriegebietes Altwasser, die als zukünftiger Zubringer zum Radschnellweg Mannheim–Heidelberg dienen soll.

Zur weiteren Sicherheit für Radfahrende soll auch die neue Erschließung der Giulinistraße dienen, die getrennt von der Fahrbahn einen Radweg führen wird, und die Zahl der parkenden Schwerlastverkehre senken soll.

Keine leichte aber im Ergebnis konsequente Entscheidung betrifft das Ausleihsystem VRN Nextbike. Hier wird es 2026 keine Verlängerung geben. Nicht weil die Idee schlecht ist, sondern aufgrund einer strukturellen Finanzierungslücke, die wir uns nicht länger leisten wollen. Nach 8 Jahren Erprobung zeigt sich, je größer die Stadt desto geringer das Defizit. Unser Vorschlag war daher das Angebot als festen Bestandteil in die Tarifstruktur des Verkehrsverbundes zu überführen. Diesen Vorschlag haben wir frühzeitig eingebracht. Wir mussten jedoch zur Kenntnis nehmen, dass hier kein gemeinsames Interesse besteht.

Stadtentwicklung – Fokus auf Innenentwicklung

Der Blick zur weiteren Stadtentwicklung richtet sich einschließlich der großen Frage zur Zukunft der ABB-Flächen und den Ergebnissen des Werkstattverfahrens in diesem und in den kommenden Jahren klar in Richtung Innenentwicklung. Zusätzlich werden auch ältere Bebauungspläne überprüft. Ganz konkret befasst sich die Verwaltung mit der Überarbeitung der Bebauungspläne in Ladenburg-West, der Altstadt (Rheingauviertel) sowie der Südstadt. Die überarbeiteten Pläne sollen vereinfachen, neuen Wohnraum ermöglichen und eine attraktive Quartiersentwicklung befördern.

Mittelfristige Investitionsplanung

Der vorliegende Haushalt setzt die mittelfristige Investitionsplanung nur bis zum Jahr 2027 fest. Für das Jahr 2027 steht die energetische Sanierung des Freibades im Zentrum. Aber welche Investitionen sich anschließen, darüber müssen wir erst noch

entscheiden. Entsprechend sind für die Jahre 2028 und 2029 keinerlei Investitionen eingestellt. Dieses Achtungszeichen ist bewusst gewählt und soll als Zeichen der Zäsur dienen.

Es bedeutet nicht, dass keine Investitionen mehr möglich sind. Vielmehr verpflichtet uns die zukünftige Finanzlage, klare Schwerpunkte zu setzen.

Investitionserfordernisse gibt es viele: Die Sanierung der Lobdengauhalle, Römerstadion, Bahnhofsvorplatz, Sebastianskapelle, Kanalsanierung, Ausbau Ganztagsbetreuung, um nur einige zu nennen. Aber alles auf einmal ist nicht möglich.

Es gilt daher gemeinsam und verbindlich, eine Strategie zu erarbeiten, die sich an objektiven Kriterien ausrichtet und die eine Priorisierung ermöglicht. So muss gesetzlichen Pflichtaufgaben stets ein Vorrang gewährt werden. Ebenso sind wir bei der Realisierung von Investitionen zwingend auf Fördermittel angewiesen.

Zur Verdeutlichung: Für das Jahr 2026 beträgt die anteilige Förderquote an unseren Investitionen bereits 36 %.

Diese Bereitschaft zur Priorisierung gilt es anzunehmen. Damit weitergehende Investitionsschwerpunkte im Zuge des Haushaltsplanes 2027 und seiner mittelfristigen Investitionsplanung realistisch geplant und bearbeitet werden können.

Dank an alle Mitarbeitenden und Bürgerinnen und Bürger

Bei der Vielzahl an Themen und Projekte sollte nicht in Vergessenheit geraten, dass diese Aufzählung nicht abschließend ist und es eine Reihe von Themen gibt, die nicht angesprochen wurden, die wir aber alle nicht missen wollen. Denn auch eine Landtagswahl will organisiert werden, ebenso wie das Angebot zum Speed Wedding, die Wartung unserer Straßenbeleuchtung oder die Unterhaltung der Immobilien, vom Leeren der Mülleimer ganz zu schweigen.

In diesem Sinne danke ich allen Mitarbeitenden der Verwaltung für ihren Einsatz und ihre tägliche Arbeit zum Wohle der Stadt. Mein Dank gilt ebenso allen Bürgerinnen

und Bürgern, die sich auf vielfältige Weise engagieren und mit ihrem Einsatz unsere Stadt bereichern und für einen gesellschaftlichen Zusammenhalt ihren Beitrag leisten, der zur Stärkung unserer Demokratie wesentlich ist.

Haushaltsplan 2026 als gemeinsame Aufgabe

Ich komme zum Ende. Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte, der vorliegende Haushaltsplan 2026 versteht sich nicht nur als eine Zäsur. Er ist eine Zäsur. Wir freuen uns über die Vielzahl von Großprojekten, die wir erfolgreich abschließen werden und müssen zugleich zur Kenntnis nehmen, dass wir in eine Phase übergehen, in der wir kleinere Brötchen backen müssen.

Neben steigenden Aufwendungen und unterfinanzierten gesetzlichen Aufgaben, schränken Kreisumlage und schwache Konjunkturprognosen die gesetzlichen Vorgaben zur Erwirtschaftung von Abschreibungen der getätigten Investitionen unsere finanziellen Spielräume ab 2027 erheblich ein. Spielräume, die wir nur erhalten können, wenn wir an der vorgeschlagenen Haushaltskonsolidierung in diesem und in den kommenden Jahren konsequent festhalten.

Und um es zum Abschluss nochmals deutlich zu machen, eine Haushaltskonsolidierung ist zwingend. Sie ist keine Haushaltskosmetik, sie ist keine Show. Sie ist zwingend. Sie ist ein Muss.

Entsprechend lade ich alle Stadträtinnen und Stadträte ein, sich mit diesem Zahlenwerk und seinen inhaltlichen Schwerpunkten intensiv auseinanderzusetzen. Und ich möchte diesbezüglich auch die Erwartung formulieren, dass es im Zuge der weiteren Beratungen nicht ausreichen wird, sich allein auf die Rolle des kritischen Begleiters zurückzuziehen. Es gilt gemeinsam Verantwortung zu übernehmen.

Wenn wir in der heutigen Zeit zeigen wollen, wie Demokratie vor Ort funktioniert, müssen wir alle bereit sein, der von Bürgerinnen und Bürgern übertragenen Verantwortung gerecht zu werden. Dass bedeutet nicht, dass alle immer einer Meinung

484 sind, aber es bedeutet, dass das Ergebnis von allen mitgetragen wird. Denn der Ge-
485 meinderat – das sind wir alle.

486

487 Ich freue mich auf die nun folgenden Beratungen und bleibe zuversichtlich, dass es
488 uns gemeinsam gelingen wird auch in schwierigen Zeiten, Ladenburg auch weiter in
489 eine gute Zukunft zu führen.

490

491 **Herzlichen Dank!**

492 **Zusatz:**

493 **Stiftungen und ihr Beitrag zur Stadtentwicklung**

494

495 Zum Ende hin möchte ich auch Bezug auf die Situation unserer beiden Stiftungen
496 nehmen. Diese haben sich in den vergangenen Jahren sehr gut entwickelt und kön-
497 nen 2026 ihren jeweiligen Stiftungszweck umfassend erfüllen.

498

499 **Günthersche Stiftung für Jugendhilfe**

500

501 So engagiert sich die Günthersche Stiftung für Jugendhilfe mit der Bezuschussung
502 des Außengeländes die Sanierung des St. Johannes Kindergartens mit über 350.000
503 Euro in einem größeren Umfang und fördert zusätzlich die zwei übrigen katholischen
504 Kindergärten bei der Beschaffung von Spielmaterialien. Ob auch weitere Kindergär-
505 ten vom Engagement der Stiftung profitieren, ist von einer Anpassung des Stiftungs-
506 zweckes abhängig. Eine solche Änderung ist nicht trivial muss aber in einem ersten
507 Schritt zunächst vom Stiftungsrat beschlossen werden.

508 **Christlicher Bürgerhospitalfonds**

509

510 Die im Vergleich deutlich größere Stiftung, der Christliche Bürgerhospitalfonds, ist in
511 der Lage, auch 2026 den kostenlosen Mittagstisch zu finanzieren. Außerdem ist der
512 Bau eines barrierearmen Mehrfamilienhauses mit 11 Mietwohnungen in der Schries-
513 heimer Straße vorgesehen. Entsprechende Förderanträge für preisgünstiges Woh-
514 nen sind bereits gestellt.

515